

14.46

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wöginger, ich werde Sie im Zuge der Budgetverhandlungen an Ihre Rede heute hier erinnern. (*Abg. Keck: An Ihre Rede auch!*) Wissen Sie, es ist einfach der Bevölkerung gegenüber unzumutbar, wenn Sie sich hier herausstellen und sagen: Es ist unrichtig, immer mehr auszugeben, als wir einnehmen, es ist unrichtig, dass wir Reformen nicht anpassen und, und, und. Ja was tun Sie denn? – Sie tun ja das alles nicht! (*Beifall bei FPÖ und BZÖ.*)

Der Herr Bundeskanzler und die Frau Finanzministerin sind sich einig. Er hat heute gesagt, es muss ein Ziel geben: von den Schulden herunterzukommen. Das sagt die Frau Finanzministerin auch. Und was passiert? – Seit diese Regierung im Amt ist, haben wir zusätzlich 25 Milliarden € neue Schulden gemacht! (*Ruf bei der FPÖ: Unglaublich!*) Für das nächste Jahr: zusätzlich 9 Milliarden € neue Schulden! Jedes Mal, wenn Herr Faymann nach Brüssel fliegt, kommt er mit mehr Haftungen und mehr Schulden zurück. Für wie bescheuert halten Sie eigentlich die Bevölkerung? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie stellen sich hier heraus, fordern Reformen ein und machen sie nicht! Sie machen jedes Jahr neue Schulden, stellen sich hier heraus und sagen: Wir dürfen nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. – Das nimmt Ihnen ja niemand mehr ab! Sie können doch mit Ihrer Regierung zusammenpacken und nach Hause gehen! Was glauben Sie eigentlich, wo Sie sind?! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist doch der Gipfel der Unverschämtheit, sich hier herauszustellen und solche Meldungen von sich zu geben! Ich würde mich an Ihrer Stelle in Grund und Boden schämen! (*Beifall bei der FPÖ.*) Oder Sie werden hier bei der Budgetrede Rede und Antwort darüber stehen, was Sie umgesetzt haben und warum Sie nächstes Jahr wieder 9 Milliarden € neue Schulden machen. Das schaue ich mir dann an! (*Zwischenruf des Abg. Höfinger.*)

Jetzt kommen wir zum Banken-Paket, und zwar dort, wo Herr Kollege Stadler aufgehört hat. Herr Bundeskanzler Faymann, das Bankenpaket, das hier beschlossen wurde, ist überhaupt der Gipfel dessen, was Sie der Bevölkerung, der europäischen und auch der österreichischen, zumuten! Jetzt gehen wir dort weiter, wo Herr Kollege Stadler aus Zeitgründen hat aufhören müssen: Er hat Ihnen erklärt, wie das ist mit diesem 50-prozentigen Schuldennachlass für Papiere, die nur noch 40 Prozent oder

weniger wert sind. Die Banken haben gejubelt, weil sie sich so viel Glück in einer Nacht gar nicht vorstellen konnten!

Aber jetzt geht es ja weiter: Jetzt macht bei diesem Bankenpaket, das man den Banken auferlegt hat, der Nachlass zirka 100 Milliarden € aus. Im gleichen Atemzug verlangt man von den Banken, die Eigenkapitalquote auf 9 Prozent oder 9,2 Prozent anzuheben. Und siehe da, welch ein Zufall: Das macht auch ungefähr 100 Milliarden € aus, und zwar 106 Milliarden und ein paar Zerquetschte.

Jetzt müssen Sie aber dazusagen, wie die Banken das zustande bringen sollen. Das haben Sie nämlich nicht dazugesagt! Das steht in deutschen Medien, das kommt im deutschen Fernsehen vor – nur im österreichischen Staatsfunk und bei den unabhängigen Medien, die nicht mehr da sind, kommt das nicht vor. Da gibt es nämlich einen ganz klaren Zusatz: Die Banken sollen – bitte, Sie müssen zuhören, die Banken sollen, sie müssen nicht – sich bei privaten Investoren und den Eigentümern das Kapital holen.

Dann geht es aber noch weiter: Sollte – vom Müssen redet ja niemand – das nicht gelingen, dann müssen die nationalen Staaten einspringen. Na, welch ein Glück! Was glauben Sie, wer das zahlt? Sie können doch eins und eins zusammenzählen: Das ist doch wieder der Steuerzahler! Und für die Staaten, die das aufgrund der budgetären Situation, in der sie sich befinden, nicht können, muss dann der EFSF einspringen.

Warum haben Sie denn das nicht dazugesagt? – Sie haben heute mehrfach gesagt: Es stellt sich die Frage der Ehrlichkeit. Daher frage ich Sie schon, Herr Bundeskanzler: Warum sind Sie nicht so ehrlich und sagen dazu, dass genau diese Aufstockung der Bankenmittel erst recht wieder die Steuerzahler in der Europäischen Union zahlen werden? *(Beifall bei FPÖ und BZÖ.)*

Jetzt stelle ich Ihnen eine andere Frage. Nehmen Sie einmal die zwei größten österreichischen Banken her, wobei ich eine ausnehmen möchte, weil diese offensichtlich Vordenker in ihren Reihen hat, die gemerkt haben, dass man so nicht weitermachen kann, und jetzt eine Wertberichtigung durchgeführt haben – Sie wissen, welche Bank ich meine –, sodass sie jetzt in der glücklichen Situation ist, dass sie fast schon diese Kriterien erfüllt. Wir haben auch andere Banken, aber darum geht es mir gar nicht.

Die zwei österreichischen Banken haben seit dem Jahr 2001 folgende Gewinne nach Steuern gemacht – bitte, nach Steuern! –: die eine Bank einen Gewinn von 7 Milliarden €, die andere einen Gewinn von 8 Milliarden €. Dann kommt ein schwieriges Jahr, wie das Jahr 2008 oder 2009, dann müssen diese Banken um Staatshilfen anstehen, um

1,2 Milliarden oder 1,7 Milliarden €. Und dann wird ihnen das gewährt, weil es schließlich der Steuerzahler zu berappen hat.

Jetzt frage ich Sie: Wenn ein Unternehmer, ein Unternehmen in sieben oder acht Jahren 8 Milliarden bis 9 Milliarden € Gewinn macht und dann Staatshilfe benötigt, dann kommen wir genau zu dem Punkt, an dem wir jetzt sind. Die Banken vergeben Kredite und Anleihen, kassieren die Zinsen und sind nicht bereit, dafür das Risiko zu tragen! *(Beifall bei der FPÖ und beim BZÖ.)*

14.51